

Übersichten

April 2002

Außenpolitik

1 Jiang Zemin in der deutschen Öffentlichkeit fast unsichtbar

Der chinesische Präsident Jiang Zemin besuchte Mitte April für vier Tage Deutschland. Der deutschen Öffentlichkeit stellte sich der Staatsgast allerdings nicht. Bereits im Vorfeld, so hieß es aus Kreisen der deutschen Regierung, habe man auf chinesischer Seite mit der Absage des Besuchs in letzter Minute für den Fall gedroht, das die deutsche Regierung internationalen Gepflogenheiten gemäß darauf bestehen wolle, eine gemeinsame Pressekonferenz Jangs mit Bundeskanzler Schröder abzuhalten. Die Pressekonferenz fand nicht statt, weshalb das Medienecho in Deutschland eher dünn ausfiel, und kaum ein Artikel den Umstand der fehlenden Presseöffentlichkeit nicht beklagte. Auf chinesischer Seite waren offensichtlich die Erinnerungen an den im Eklat geendeten Besuch Li Pengs im Jahre 1994 noch sehr präsent.

In der deutschen Presse war Jiang Zemin im O-Ton lediglich in Form von zwei Exklusiv-Interviews zu verneh-

men. Im Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* findet sich auf die Frage des Reporters nach einer möglichen Reform der KPCh zu einer Partei nach dem Modell der deutschen Sozialdemokratie das vielleicht interessanteste Zitat Jiang Zemins: Weder heute noch in der Zukunft werde man den Namen der Kommunistischen Partei Chinas ändern, so der chinesische Präsident.

Auch sonst erbrachte der Besuch Jiang Zemins nicht viel Neues für die deutsch-chinesischen Beziehungen. Zwar unterbreitete Jiang seinem Gastgeber Schröder in einem Gespräch einen Vierpunktevorschlag zur Intensivierung und weiteren Förderung der deutsch-chinesischen Beziehungen, doch ging er darin über Gemeinplätze nicht hinaus. Man solle den hochrangigen Austausch kontinuierlich fortsetzen, das gegenseitige Verständnis füreinander vertiefen und den Konsens fördern, die Bereiche der Kooperation ausweiten und neue Felder der Zusammenarbeit erforschen, engere Konsultationen durchführen und die Politikkoordinierung zwischen beiden Ländern insbesondere im internationalen und regionalen Rahmen ausbauen. Deutschland und China sollten sich Respekt erweisen und Unterschiede der Gesellschaftssysteme, der kulturellen Traditionen, der Wertvorstellungen sowie das unterschiedliche Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung beider Länder nicht zu Hindernissen für die bilaterale Kooperation werden lassen, so Jiang Zemin.

Die vollständige Zustimmung Gerhard Schröders, von der chinesische Medien anschließend berichteten, dürfte dem Kanzler nicht schwer gefallen sein. Potenzial für die Weiterentwicklung der Beziehungen zu China sah Schröder primär in der Wirtschaft, im kulturellen Bereich sowie auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft und Technologie. Einigermaßen verwundert dürfte der deutsche Bundeskanzler hingegen gewesen sein, dass er – ebenfalls laut chinesischen Medienberichten – der Volksrepublik China im Gespräch mit Jiang große Erfolge in der Verbesserung der Menschenrechtssituation in China attestiert haben soll.

So hieß es von Regierungsseite in Deutschland, auch das Thema Menschenrechte sei angesprochen wor-

den. Dieter Kastrup, der außenpolitische Berater Schröders übergab im Anschluss an die Unterredung zwischen Kanzler und Präsident auch eine von der deutschen Sektion von Amnesty International angefertigte Liste in China inhaftierter politischer Gefangener an den ebenfalls anwesenden chinesischen stellvertretenden Außenminister Qiao Zonghai. Letztlich blieb das Thema jedoch dem Bundespräsidenten vorbehalten, der dies während seiner Unterredung mit Jiang ansprach. Nach Auskunft aus dem Bundespräsidialamt thematisierte Rau insbesondere die Lage der christlichen Kirchen in China und würdigte die Bedeutung des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs. Jiang Zemin hingegen wies auf das nach den Anschlägen des 11. September 2001 deutlich hervorgetretene Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit hin.

Rau und Jiang wohnten der Unterzeichnung des einzigen gemeinsamen Dokuments bei, von dem im Rahmen von Jangs Deutschlandreise berichtet wurde. Es handelt sich dabei um eine Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen. In einem Memorandum erklären beide Staaten zusätzlich ihre Bereitschaft zur Errichtung von Kulturzentren im jeweiligen Partnerland.

Weitere Besuchsorte auf dieser Deutschlandreise waren für Jiang Zemin die Bundesländer Sachsen, Brandenburg und Niedersachsen, wo er mit der Volkswagen AG einen der erfolgreichsten deutschen Joint-Venture-Partner in China besuchte und an einem Empfang teilnahm, den Ministerpräsident Gabriel zu seinen Ehren gab. Daneben nutzte Jiang seinen Aufenthalt zu Gesprächen mit Persönlichkeiten weiterer politischer Parteien. Dazu zählten Altkanzler Helmut Kohl und Guido Westerwelle, der Kanzlerkandidat der FDP, ebenso wie Gabi Zimmer von der PDS.

In einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin bezeichnete Jiang sein Land als größtes Entwicklungsland der Welt. Er begründete dies mit der großen Bevölkerung, dem schwachen ökonomischen Fundament, dem relativ rückständigen Niveau der Produktivkräfte und dem Ungleichgewicht der kul-

turellen und wirtschaftlichen Entwicklung in China. Die Landesentwicklung sei auf absehbare Zeit die primäre Aufgabe der chinesischen Regierung, so Jiang weiter. Dafür werde eine friedliche und stabile Weltlage ebenso benötigt wie positive Rahmenbedingungen an der chinesischen Peripherie.

International setze sich China unbeirrt für die Errichtung einer fairen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung ein, um endlich die grundlegende Schiefelage und Benachteiligung der Entwicklungsländer in der derzeitigen Ordnung zu beseitigen. Dabei gelte es auch, auf eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen und den Respekt für die Unterschiedlichkeit der Länder, Kulturen und politischen Wege zu etablieren. Die Beziehungen zu Deutschland erwähnte Jiang allerdings lediglich in den letzten Minuten seiner Rede. (ddp, 9.4.02, nach BBC PF, 10.4.02; ZXS, 9.4.02, nach FBIS, 10.4.02; Xinhua, 9.4.02, nach BBC PF, 11.4.02; Xinhua, 10.4.02, nach BBC PF, 12.4.02; Xinhua, 12.4.02, nach BBC PF, 14.4.02; XNA, 11.4.02; *Der Spiegel*, 8.4.02; NZZ, 10.4.02; HB, 10.4.02) -kg-

2 Reisediplomatie durch die islamische Welt

Im Anschluss an seinen Aufenthalt in Deutschland reiste der chinesische Präsident Jiang Zemin weiter nach Libyen, das er als Erster in dieser Funktion besuchte. Weitere Stationen seiner Reise waren Nigeria, Tunesien und der Iran. Zusammen mit Ministerpräsident Zhu Rongjis Staatsbesuchen in Ägypten und in der Türkei ergibt sich somit für den Monat April das Bild eines ausgeprägten Schwerpunkts der diplomatischen Aktivitäten Chinas im Hinblick auf islamische Nationen bzw. Staaten mit islamischer Bevölkerungsmehrheit.

Insbesondere mit dem Iran und Libyen befanden sich unter den besuchten Ländern auch zwei, die seitens der Vereinigten Staaten der so genannten Achse des Bösen zugerechnet werden. Obwohl in Verbindung mit den Reisen Jiangs und Zhus nichts dergleichen an die Öffentlichkeit drang, deutet vieles darauf hin, dass die VR China angesichts ihrer aktiv vertretenen Teilnahme an dem – in erster Linie gegen Is-

lamisten gerichteten – internationalen Kampf gegen den Terrorismus durch dieses Besuchsprogramm einer Entfremdung der islamischen Welt entgegenwirken wollte.

Zum anderen geht es aus chinesischer Sicht natürlich auch darum, für Verständnis für ihr Vorgehen gegen uighurische Separatisten islamischen Glaubens in Xinjiang zu werben und andererseits eine mögliche Unterstützung aus dem Ausland zu vermeiden. Dem letztgenannten Aspekt widmete sich insbesondere Zhu Rongji bei seinem Besuch in der Türkei. So erklärte er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ecevit, China sei dankbar für alle türkischen Maßnahmen, die dazu beitragen, die Aktivitäten separatistischer Kräfte zu minimieren. Die chinesische Regierung verdächtigt seit langer Zeit antichinesische Gruppen in der Türkei der Unterstützung der separatistischen Kräfte unter den Uiguren in Xinjiang. Die türkischen Gastgeber Zhus wiesen eine Verantwortung des türkischen Staates in diesem Zusammenhang strikt zurück. Ecevit erklärte, sein Land achte die territoriale Integrität Chinas und wende sich entschieden gegen jeden Verdacht, die Türkei könnte moslemische Separatisten in Xinjiang unterstützen, die China als Terroristen ansieht.

Abgesehen von den Themen Terrorismus und islamischer Separatismus wurden in den von Jiang und Zhu besuchten Ländern auch wirtschaftliche Fragen behandelt. Insbesondere bei den Gesprächen im Iran und in Libyen ging es dabei nicht zuletzt um Erdöllieferungen an China. (WSJ, 13.4., 16.4.02; XNA, 6.4., 15.4., 22.4.02; Xinhua, 13.4.02, nach BBC PF, 15.4.02; Xinhua, 16.4.02, nach BBC PF, 18.4.02; Xinhua, 19.4.02, nach BBC PF, 21.4.02; Xinhua, 20.4.02, nach BBC PF, 22.4.02; IRNA, 20.4.02, nach BBC PF, 21.4.02; ISNA online, 19.4.02, nach BBC PF, 21.4.02; *The Economist*, 27.4.02) -kg-

3 Ungleiche Partner: Ägypten und China

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji besuchte auf Einladung des ägyptischen Präsidenten Mubarrak Mitte April offiziell das Land am Nil.

Wie nicht anders zu erwarten, stand die Reise stark unter dem Eindruck der Eskalation der Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten. Zhu ließ es nicht an verbaler Unterstützung für die palästinensische Sache und Arafat fehlen, zog sich im Übrigen jedoch auf den nicht näher erläuterten Beitrag Chinas zur Lösung des Konflikts zurück. Der ägyptische Amtskollege Zhu Rongjis, Premierminister Atif Ubayd, artikuliert ebenso wie Präsident Mubarrak Anerkennung für die Haltung der chinesischen Regierung und dankte für die Unterstützung der Forderung nach sofortigem Abzug der israelischen Armee aus den besetzten Palästinensergebieten.

Insgesamt erhofft man sich in Ägypten jedoch offensichtlich eine deutlichere Unterstützung gegen Israel in dieser Sache. Ein Kommentator forderte China auf, eine größere Rolle im Friedensprozess im Nahen Osten zu übernehmen. Man müsse von China mehr erwarten als „nur verbale Unterstützung der Palästinenser und rhetorische Verurteilungen der israelischen Verbrechen“.

Weitere Themen auf Zhus Ägyptenreise waren die Umsetzung der im Rahmen der Etablierung einer strategischen Partnerschaft seit 1999 zwischen beiden Ländern geschlossenen Kooperationsvereinbarungen sowie die Vorbildfunktion, die die wirtschaftliche Entwicklung in der Volksrepublik für Ägypten einnehmen könne. Insbesondere der ägyptische Premierminister Ubayd äußerte diese Einschätzung und bezog sich dabei primär auf die chinesischen Erfolge hinsichtlich der Einführung moderner Technologien und deren Anwendungen. In diesem Zusammenhang forderte er China auch auf, sich durch Investitionen und Joint Ventures aktiv in den im Aufbau befindlichen Exclusive Economic Zones seines Landes zu engagieren.

Dem Vernehmen nach ist die chinesische Regierung sehr interessiert daran, diese nach chinesischem Vorbild modellierten Zonen als Standorte für eine Ausweitung der chinesischen Exporte in den Nahen Osten und nach Europa zu nutzen. Allerdings scheint bislang auch die Umsetzung der im Januar vereinbarten Kooperation in den Bereichen Erdöl, Tourismus und friedliche Nutzung der

Kernenergie eher schleppend voranzukommen. Zumindest drängte Zhu Rongji vor ägyptischen Wirtschaftsvertretern auf eine raschere Umsetzung. Bislang sind chinesische Unternehmen an der Errichtung der Suez Canal Free Trade Zone beteiligt, und von Mai an wird Ägypten ein neues Ziel für chinesische Touristengruppen sein. Hinsichtlich der Perspektiven für konkrete Handelsbeziehungen zeichnete Zhu ein Bild, das in fataler Weise an die klassischen Tauschverhältnisse zwischen einem Industrie- und einem Entwicklungsland erinnert. China könne in erster Linie preislich und qualitativ konkurrenzfähige Produkte der Informationstechnologie sowie elektrische Geräte nach Ägypten liefern, während von dort hauptsächlich Öl, Baumaterialien und Baumwolle bezogen werden könne. (Xinhua, 18.4.02, nach BBC PF, 19.4.02; XNA, 22.4., 23.4.02; MENA online, 20.4.02, nach BBC PF, 21.4.02; Al-Akhbar, 22.04.02, nach FBIS, 24.4.02) -kg-

4 Opfer des israelisch-palästinensischen Konflikts

Unter den Opfern des Selbstmordanschlags vom 12. April auf einem Markt im Zentrum Jerusalems waren auch vier chinesische Arbeiter. Zwei von ihnen verloren bei dem Bombenanschlag das Leben, die beiden anderen wurden schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Die chinesischen Außenhandelsbehörden reagierten darauf mit einem Appell an alle chinesischen Firmen, vorerst keine Vertragsarbeiter mehr nach Israel zu entsenden. Alle Unternehmen und ihre Arbeiter, die an Bauprojekten im Ausland beteiligt seien, sollten Sicherheitsvorkehrungen treffen und verstärkt mit unvorgesehenen Zwischenfällen rechnen.

Die chinesischen Opfer und der Appell des Außenwirtschaftsministeriums zeigen deutlich den dünnen Grat, auf dem die Volksrepublik China im Nahen Osten agiert. Einerseits unterhält sie ausgezeichnete Wirtschaftsbeziehungen mit Israel, andererseits verurteilt sie dessen Haltung und Vorgehen in der Palästinenserfrage aufs schärfste und unterstützt nach eigenem Bekunden Arafat und die gerechte Sache des palästinensischen Volkes uneingeschränkt.

Yassir Arafat sendete trotz seiner eigenen prekären Lage zwei Tage nach dem Bombenanschlag, der die chinesischen Opfer gefordert hatte, ein Beileidstelegramm an den chinesischen Präsidenten Jiang Zemin. Zuvor hatte allerdings der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan Anfang April bereits in einem Telefongespräch Arafat die chinesische Unterstützung zugesichert. Tang hatte Arafat und später in einem weiteren Telefonat auch dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mahmoud Moussa, gegenüber versichert, die Regierung und das Volk Chinas werde Arafat und die Palästinenser in der gerechten Sache ihres Kampfes für die Wiederherstellung ihrer legitimen nationalen Rechte immer unterstützen.

Bereits Ende März hatte Tang gegenüber seinem israelischen Amtskollegen Shimon Peres ebenfalls telefonisch die Haltung der chinesischen Regierung verdeutlicht. Tang hatte von Israel den sofortigen Rückzug aus den besetzten Gebieten und eine Garantie für die persönliche Sicherheit Arafats gefordert. Sollte Arafat etwas zustoßen, werde das desaströse Auswirkungen auf die Situation im gesamten Nahen Osten haben, so die Warnung Tang Jiaxuans. Peres hatte daraufhin erklärt, Israel werde die persönliche Sicherheit Arafats nicht gefährden. (XNA, 1.4., 5.4., 6.4., 17.4.02; Xinhua, 16.4.02, nach BBC PF, 18.4.02) -kg-

5 Erstes Jahrestreffen des Boao Forum for Asia

In der gleichnamigen Kleinstadt in der chinesischen Inselprovinz Hainan fand am 12. und 13. April dieses Jahres das erste jährliche Treffen des Boao Forums for Asia statt. Fast 2000 Regierungs- und Wirtschaftsvertreter aus 48 Ländern und Regionen Asiens sowie Vertreter von internationalen Organisationen wie der Vereinten Nationen, der WTO, der Asian Development Bank und multinationalen Konzernen wie Microsoft, General Electrics, Toyota oder Samsung nahmen an diesem Gesprächsforum teil.

Dieses erste Forum, dessen Abhaltung im Februar 2001 noch unter grundsätzlich anderen Bedingungen beschlossen worden war, als sie sich gegenwärtig nach den Terroranschlä-

gen in den USA vom 11. September 2001 darstellen, stand unter der ambitionierten Überschrift „New Century, New Challenge, A New Asia“. Die Liste der zu diskutierenden Themen liest sich nicht minder ambitioniert. So ging es um die Liberalisierung von Handel und Investitionen oder die Zusammenarbeit im Finanz- und Währungssektor ebenso wie um subregionale Kooperation, nachhaltige Entwicklung, Energie, Konkurrenzfähigkeit der Exportwirtschaft oder die Globalisierung und Kommerzialisierung der Massenmedien im asiatischen Kontext.

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji bezeichnete das Boao Forum in seiner Eröffnungsrede als wichtige Ergänzung zu bislang schon bestehenden Kooperationsinitiativen in Asien und charakterisierte das Forum als eine Veranstaltung, die in Asien den Raum biete für global ausgerichtete Diskussionen über Entwicklung. Zhu war in seiner Rede und in der nachfolgenden Beantwortung von Fragen seitens der Delegierten sichtlich um die Betonung der Gemeinsamkeiten in Asien bemüht. Zu diesem Zwecke bediente er auch das kollektive positive Selbstbild des fleißigen und fähigen Asiaten, der beharrlich und ausdauernd an seiner und der Entwicklung seines Landes arbeitet. Diese Qualitäten der Völker Asiens seien es, so Zhu Rongji, die die eindrucksvollen Erfolge ermöglicht hätten und eine noch leuchtendere Zukunft für den asiatischen Kontinent verhiessen.

Der chinesische Ministerpräsident ließ es andererseits jedoch auch nicht an Bemerkungen über die Natur des chinesischen Aufstiegs fehlen, um bekannte Ressentiments und Befürchtungen auf Seiten anderer asiatischer Länder entgegenzutreten. So betonte er wiederholt, die wirtschaftliche Entwicklung Chinas stelle keinerlei Bedrohung für das Wohlergehen der asiatischen Partnerstaaten dar. Vielmehr eröffneten die Modernisierungsanstrengungen seines Landes ebenso wie der Beitritt zur WTO unbeschränkte Möglichkeiten für Geschäfte mit China. Von der Einladung an asiatische Staaten und globale Unternehmen zu Investitionen in China abgesehen, führte Zhu jedoch auch die neue expansive Wirtschaftsstrategie der VR China explizit aus. Dem-

nach habe sich die chinesische Regierung „Going Global“ auf ihre Fahnen geschrieben und werde weiterhin mehr chinesische Unternehmen unterschiedlichster Eigentumsformen ermuntern, sich global auszurichten und zu agieren.

Die Vision Zhu Rongjis eines Zusammenrückens Asiens nach Vorbildern von Kooperationsforen in Europa oder auf dem amerikanischen Kontinent wurde ebenfalls deutlich. Nach Zhus Worten sei die regionale Zusammenarbeit in Asien verglichen mit diesen jedoch noch sehr unterentwickelt, eine Entwicklung auf diesem Gebiet sei dringend geboten. Die von China ausgegangene Initiative zur Gründung einer China-ASEAN Wirtschaftszone könne zur Stärkung der regionalen Kooperation und Integration ebenso beitragen wie jede Form der regionalen, subregionalen oder bilateralen Zusammenarbeit in Asien.

Zhu leitete daraus einen vier Punkte umfassenden Vorschlag für die weitere Entwicklungsrichtung des Boao Forums ab, den er am Ende seiner Eröffnungsrede den Delegierten unterbreitete. Darin plädierte er zunächst für eine Konzentration auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, um dann Schritt für Schritt eine umfassende Kooperation aufzubauen. Auf der Basis bereits bestehender Kommunikations- und Kooperationskanäle solle die Zusammenarbeit dann an Bandbreite gewinnen. Über die Stärkung bilateraler Kooperationen solle die Basis für die regionale Zusammenarbeit gelegt werden. Weiterhin sei zu gewährleisten, dass es sich bei der regionalen Kooperation um einen offenen Prozess handle.

Betrachtet man allerdings die Hintergründe des Entstehens des Boao Forums for Asia, dann müssen doch erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob die nichtchinesischen Teilnehmer der ersten Jahrestagung die grandiose Vision Zhu Rongjis teilen. Hinter verschlossenen Türen war da schon vor der Eröffnung der diesjährigen Konferenz wiederholt von chinesischer Vereinnahmung und gar von einem „Kidnapping“ der Idee des Forums die Rede. Was sich da in Zhus Worten bereits wie ein zwischenstaatlicher Prozess hin zu einer asiatischen Version der NAFTA oder gar der Euro-

päischen Union anhört, begann in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre als die Idee der damaligen Regierungschefs von Japan, Australien und den Philippinen. Diese hatten zunächst allerdings eine Nichtregierungsorganisation nach dem Vorbild des World Economic Forum in Davos im Auge.

Der Verdacht einer chinesischen Vereinnahmung dieser Idee ist bei Betrachtung der Entwicklung von der Idee der drei Staatsmänner zum Boao Forum in seiner heutigen Form kaum von der Hand zu weisen. So soll die Wahl des kleinen Küstenorts in Hainan als Adresse für das Forum auf ehrgeizige Pläne des Entrepreneurs und Gründers der Tokyoter Show Office Group Jiang Xiaosong mit besten Verbindungen zu chinesischen Spitzenpolitikern zurückzuführen sein. Jiang, der für Boao ein Seaside Resort internationalen Zuschnitts plante, soll die chinesische Regierung mit ins Boot geholt haben, die im Oktober 1999 Unterstützung für die Idee von Ramos, Hawke und Hosokawa signalisierte.

Der Startschuss für das politische wie für das Hotelprojekt fiel, Ende 2000 war das Golden Coast Spring Hotel unter Beteiligung chinesischer Unternehmen fertig gestellt, und drei Monate später wurde das Boao Forum for Asia im Beisein Jiang Zemins und unter dem Vorsitz des malaysischen Premierministers Mahatir offiziell aus der Taufe gehoben. Nach mehrmonatigen Disputen resignierte der erste Generalsekretär der Organisation, Agit Singh, ein malaysischer Diplomat und früherer Generalsekretär der ASEAN, und gab seine Aufgabe Ende 2001 auf, weil er, wie es heißt, in der Kleinstadt in Hainan „kaltgestellt“ worden sei. In der Zwischenzeit hatte sich auf chinesischer Seite das Außenministerium federführend dieser internationalen Nichtregierungsorganisation mit Sitz in China angenommen. Bis zur Übernahme des Postens des Generalsekretärs des Forums durch Zhang Xiang, einen früheren stellvertretenden Außenhandelsminister ohne großes Profil im regionalen Kontext, war es dann nur noch ein kleiner Schritt.

Zhang war dann u.a. zuständig für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Charta für das Forum. Seine erst im Vorfeld des ersten Jahrestreffens im

April vorgelegte Beschlussvorlage sei jedoch aus Sicht vieler nichtchinesischer Mitglieder inakzeptabel gewesen. Als Kompromiss einigte man sich lediglich auf eine provisorische Charta mit dem Vorbehalt weiterer Konsultationen. Ferner wurde zur Stärkung der Unabhängigkeit des Forums ein zehnköpfiges Präsidium eingerichtet, dessen Vorsitz dem ehemaligen philippinischen Ministerpräsidenten und Ideengeber für das Forum, Ramos, übertragen wurde. Zu den Mitgliedern zählen ferner aus gleichem Grund der ehemalige australische Regierungschef Hawke sowie auf chinesischer Seite der Generalsekretär Zhang, der Chef Show Office Group und Entwickler des Boao Resort, Jiang Xiaosong, der Präsident der wirtschaftlich ebenfalls maßgeblich an dem Projekt beteiligten China Overseas Shipping Corporation (Cosco), Wei Jiafu, und Ian Fok Chun-Wan, Sohn eines Hongkonger Tycoons. Die restlichen Sitze in dem Führungsgremium werden von je einem Inder, einem Kasachen, einem Japaner und einem Schweden gehalten. (XNA, 13.4.02; SCMP, 14.4.02) -kg-

6 Japanische Höflichkeit auf Li Pengs Besuch in Japan

Mit einer Verspätung von beinahe einem Jahr folgte Li Peng in seiner Funktion als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses am 2. April der Einladung des japanischen Parlaments und bereiste eine Woche lang Japan. Vor einem Jahr war der Besuch Lis noch aufgrund unüberbrückbarer Meinungsunterschiede abgesagt worden, weil die japanische Regierung Schulbücher absegnete, die aus Beijings Sicht Geschichtsfälschung im Zusammenhang mit der japanischen Aggression gegen China und die damit verbundenen Kriegsverbrechen betrieben, weil Ministerpräsident Koizumi den Besuch des Yasukuni Schreins angekündigt und schließlich auch realisiert hatte, in dem u.a. auch japanische Kriegsverbrecher geehrt werden, und nicht zuletzt, weil sich Japan damals entschlossen hatte, dem ehemaligen taiwanischen Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) die Einreise als Privatperson zu gewähren.

Frei von derartigen Belastungen wollte sich Li Peng diesmal ganz der Verbesserung der nach seinen Worten ohnehin bereits sehr guten Beziehungen zwischen den beiden benachbarten Staaten und den in diesem Jahr geplanten Aktivitäten anlässlich des 30. Jahrestages der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und China widmen. Geplant sind in diesem Zusammenhang ein intensiver Kulturaustausch im Rahmen eines Japan Jahrs in China und eines China Jahrs in Japan sowie eine Serie von gegenseitigen Besuchen hochrangiger Politiker.

Obwohl auf Einladung des japanischen Parlaments in Japan, traf Li Peng auch den japanischen Ministerpräsidenten Koizumi. Von dessen Sprecherin wurde diese Visite allerdings unter Hinweis auf die Funktion Lis als reines Höflichkeitstreffen deklariert. Dennoch nutzten beide die Gelegenheit zur Herstellung eines guten Klimas zwischen China und Japan. So signalisierte einerseits Li Peng, die Volksrepublik könnte Japan hinsichtlich des Wunsches entgegenkommen, das Wrack des nach wie vor unidentifizierten Schiffes zu heben, das im Dezember nach einem Zusammenstoß mit der japanischen Küstenwache in chinesischen Wirtschaftsgewässern gesunken war. Koizumi seinerseits beeilte sich, Wasser auf die chinesischen Mühlen zu gießen, indem er die Befürchtungen anderer Länder Asiens, das wirtschaftliche Wachstum und der wachsende politische Einfluss der Volksrepublik könnten andere Volkswirtschaften der Region bedrohen und deren politischen Handlungsspielraum einschränken, in das Reich der Legende verwies. Er führte aus, auch Japan sei einst als Bedrohung bezeichnet worden, dann habe sich jedoch schnell herausgestellt, dass der japanische Wohlstand sich positiv auf den Rest der Welt ausgewirkt habe.

Trotz des beiderseitigen Bemühens und eines Empfangs beim japanischen Kaiser herrschte keineswegs durchgehend nur eitel Sonnenschein während Lis Japanbesuch. So wollten japanische Analysten denn Koizumis wohlwollende Einschätzungen gegenüber China nicht teilen. Trotz nach wie vor großen gesamtwirtschaftlichen Rückstands gegenüber Japan bedrohe der Aufstieg Chinas bereits jetzt das pro-

duzierende Gewerbe in Japan. China verdränge Japan in diesem Wirtschaftsbereich schneller als die japanische Wirtschaft umzustrukturieren in der Lage sei. Diese Ansicht vertrat in Reaktion auf die Äußerungen Koizumis u.a. Tetsuo Sugiura vom Fuji Research Institute, als er warnte, die Situation der japanischen Industrie werde sich in spätestens fünf bis zehn Jahren äußerst kritisch darstellen, falls der Strukturwandel nicht gelänge.

Dass sich Li Peng vor einem Publikum aus der japanischen Wirtschaft gegen das Einfuhrverbot von chinesischem Geflügel und Beschränkungen für weitere chinesische Agrarprodukte aussprach, entbehrt angesichts der Worte, mit denen er für chinesische Hühner warb nicht einer gewissen Komik: „Chinesische Hühner sind delikat und entsprechen den hygienischen Standards“. Die Tatsache, dass Li sich gezwungen sah, dieses Thema anzusprechen, zeigt jedoch, wie ernst die Auseinandersetzung um chinesische Agrarexporte nach Japan geführt wird. Im Zusammenhang mit chinesischen Hühnerlieferungen hatte das zuständige japanische Ministerium allerdings einen Importstopp verhängt, weil in China Fälle von Geflügelpest aufgetreten waren. Importe aus den USA waren von der Maßnahme gleichermaßen betroffen. (Kyodo News Service, 2.4.02, nach BBC PF, 3.4.02; Kyodo News Service, 3.4.02, nach BBC PF, 4.4.02; WSJ, 3.4., 4.4.02; Xinhua, 2.4.02, nach BBC PF, 3.4.02; XNA, 3.4.02; *The Straits Times*, 5.4.02) -kg-

7 Alles für das heimische Publikum

In China und Japan konzentriert man sich ganz auf den Jahrestag der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten, der im September zum 30. Mal begangen wird. Ein Besuch des Yasukuni-Schreins, in dem auch Kriegsverbrecher des japanischen Aggressionskrieges gegen China geehrt werden durch den japanischen Ministerpräsidenten, der auch in diesem Jahr Mitte August anstünde, würde hier die auf Harmonie bedachten Regierungen auf beiden

Seiten natürlich erheblich durcheinander bringen.

Äußerungen des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan, die er einer Delegation der japanischen Regierungspartei LDP gegenüber Mitte April in China machte, waren in Klarheit kaum zu überbieten. Tang hatte gesagt, wenn ein Besuch des Yasukuni-Schreins im August stattfinden solle, dann in friedvoller Art. Man wünsche keine Handlungen von japanischer Seite, die sich negativ auf dieses historische Datum auswirken könnten. Da ein solcher Besuch ohne entsprechendes kritisches Echo jedoch kaum vorstellbar erscheint, muss diese Äußerung wohl als deutliche Warnung an die Adresse Koizumis aufgefasst werden.

Es ist daher unschwer vorzustellen, dass diesem Thema auch in einem Gespräch Zhu Rongjis mit Koizumi am Rande des ersten Jahrestreffens des Boao Forum for Asia in Hainan am 12. April eine Rolle gespielt haben dürfte. Im Beisein Tang Jiaxuans äußerte Zhu bei dieser Gelegenheit beispielsweise, Politiker beider Seiten sollten die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten in die richtige Richtung steuern. Zhu habe, so hieß es, auch eine Einladung zu einem Staatsbesuch in China im Herbst ausgesprochen – was einen Besuch Koizumis im Yasukuni-Schrein im August definitiv unmöglich machte.

Vor diesem Hintergrund kann der für die Öffentlichkeit überraschende Besuch des japanischen Ministerpräsidenten im Yasukuni-Schrein am 21. April zwar nicht als im beiderseitigen Interesse Chinas und Japans bezeichnet werden. Letztlich dürfte sich jedoch die Wahl des Zeitpunkts längerfristig als klug herausstellen. Darauf weisen auch die chinesischen Reaktionen hin, die sich nur wenige Stunden nach der entsprechenden Meldung in den in diesen Fällen üblichen Protestritualen seitens des chinesischen Außenministeriums manifestierten. Der japanische Botschafter wurde einbestellt, der chinesische Botschafter in Japan überreichte eine Protestnote, und chinesische Regierungsvertreter sprachen medienwirksam von einer Schädigung der sino-japanischen Beziehungen.

Als konkrete Maßnahmen des Protests wurde zum einen der noch für Ende April geplante Besuch des japanischen Verteidigungsministers, General Nakatani, in China bis auf weiteres abgesagt und zum anderen der erste Besuch von Teilen der chinesischen Flotte in einem japanischen Hafen Mitte Mai auf unbestimmte Zeit verschoben. Die japanische Seite reagierte darauf mit großem Verständnis. Man respektiere die chinesische Entscheidung und habe Verständnis für den chinesischen Standpunkt, sagte Koizumi.

Auch der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Kong Quan, bezeichnete den „Überraschungsbesuch“ Koizumis zwar als „törichten Akt“, wollte andererseits jedoch von diplomatischen oder wirtschaftlichen Strafaktionen nichts wissen. So kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass hier auf beiden Seiten bei Aktion und Reaktion im Wesentlichen den Erwartungen des heimischen Publikums entsprochen wurde, man andererseits jedoch sehr bedacht darauf war, längerfristig im Rahmen der bilateralen Beziehungen kein Porzellan unnötig zu zerschlagen. Bis zur Feier des 30. Jahrestages der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen China und Japan, so könnte hier das politische Kalkül auf beiden Seiten lauten, wird über die Sache längst das Gras des Vergessens gewachsen sein.

Wenn aus Japan Verständnis für den chinesischen Standpunkt geäußert worden war, so signalisierte auch die chinesische Regierung im Gegenzug Entgegenkommen. Wenig mehr als eine Woche nach dem kritischen Vorfall erklärte das chinesische Außenministerium, man wolle eine Unterwasseruntersuchung des in chinesischen Wirtschaftsgewässern gesunkenen Schiffes, von dem Japan annimmt, es habe sich um ein nordkoreanisches Spionageboot gehandelt, nunmehr gestatten.

Auch wurden keineswegs alle geplanten Kontakte zwischen chinesischen und japanischen Politikern abgesagt. So empfing Jiang Zemin beispielsweise am 30. April eine Delegation der New Komeito Party unter Leitung des Parteichefs Takenori Kanzaki. Zwar erklärte Jiang, der Besuch eines japanischen Ministerpräsidenten könne

keinesfalls toleriert werden, aber immerhin handelte es sich bei den Besuchern um führende Mitglieder einer Partei, die der Regierungskoalition in Japan angehört. Von einem größeren Schaden für die bilateralen Beziehungen kann daher wohl kaum gesprochen werden. (XNA, 13.4.02; Xinhua, 29.4.02, nach BBC PF, 30.4.02; Kyodo News Service, 12.4.02, nach BBC PF, 13.4.02; Kyodo News Service, 14.4.02, nach BBC PF, 15.4.02; Kyodo News Service, 21.4.02, nach BBC PF, 22.4.02; Kyodo News Service, 23.4.02, nach BBC PF, 24.4.02; Kyodo News Service, 24.4.02, nach BBC PF, 25.4.02; Kyodo News Service, 30.4.02, nach BBC PF, 1.5.02; RMRB online, 23.4.02, nach FBIS, 24.4.02; AFP, 23.4.02, nach FBIS, 24.4.02) -kg-

8 Kein Antrag gegen China an die UN-Menschenrechtskommission

Auf der diesjährigen 58. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf vom 18. März bis zum 2. April war die Situation der Menschenrechte in der Volksrepublik China kein Thema. Seit 1990 war dies bislang nur ein Mal der Fall gewesen.

Weder die USA, die erstmalig seit 1947 nur mit dem Status eines Beobachters vertreten waren, nachdem sie im vergangenen Jahr aus der Kommission herausgewählt worden waren, noch die Europäische Union hatten diesmal den ansonsten bereits zur Tradition gewordenen Resolutionsentwurf gegen China eingereicht. Diese Tatsache steht offensichtlich im Zusammenhang mit dem zumindest formalen Schulterchluss mit der Volksrepublik im Hinblick auf die weltweite Allianz gegen den Terrorismus.

Während internationale Menschenrechtsorganisationen heftige Kritik an China ebenso wie an dem Verzicht auf die Einbringung einer Resolution gegen das Land übten, zeigten sich Vertreter der chinesischen Regierung in ihrer Haltung und in ihren Bemühungen um die Durchsetzung der Menschenrechte im eigenen Land und im internationalen Rahmen bestätigt. So erklärte Zhang Qiyue, Sprecherin des Außenministeriums in Beijing, die Menschenrechtssituation in ihrem

Land sei in der langen chinesischen Geschichte nie besser gewesen als heute. Auch die Minderheitengruppen in Xinjiang, Tibet und anderen Regionen der Volksrepublik China genossen alle Menschenrechte und besäßen fundamentale Freiheit. Die Anschuldigungen „einiger Länder“ erwiesen sich vor diesem Hintergrund als völlig haltlos.

Der chinesische UN-Botschafter in Genf, Sha Zukang, ordnete die Auseinandersetzung um die Menschenrechtssituation in China in einer Stellungnahme in einen grundlegenden Konflikt zwischen industrialisierten und Entwicklungsländern ein. Er bedauerte, dass alle von der UN-Menschenrechtskonvention angenommenen länderspezifischen Resolutionen der vergangenen Jahre gegen Entwicklungsländer gerichtet waren. Damit entstünde der irrige Eindruck, Verstöße gegen die Menschenrechte seien ausschließlich in den Ländern des Südens zu beklagen.

Dadurch werde jedoch, so Sha weiter in seiner Rede vor der Menschenrechtskommission, nur von der Wichtigkeit des Rechts auf Entwicklung als Teil der grundlegenden Menschenrechte abgelenkt. In Stellungnahmen würde der Stellenwert der Entwicklung von der Mehrheit der Staaten zwar inzwischen anerkannt, doch bestünden alle externen Hindernisse für die Verwirklichung dieses Grundrechts der Entwicklungsländer weiter fort. Im Gegenteil schrumpften die Entwicklungshilfeleistungen der reichen Staaten kontinuierlich, während gleichzeitig derartige Hilfen mehr und mehr von der Erfüllung zusätzlicher Auflagen abhängig gemacht würden. Dies laufe dem grundsätzlichen Recht jedes Staates und jeder Gesellschaft zuwider, selbst den eigenen Entwicklungsweg zu bestimmen. Im Übrigen kenne er keine Beispiele für eine erfolgreiche Entwicklung nach einem von außen oktroyierten Entwicklungsmodell.

In den internationalen Menschenrechtsdialog sollten nach Ansicht des chinesischen Vertreters vielmehr verstärkt Themen wie die Notwendigkeit internationaler Kooperation und uneigennütziger Unterstützung der Entwicklungsländer aufgenommen werden. Den Ländern des Südens müssten gleiche Rechte hinsichtlich der Gestaltung der internationalen Regeln einge-

räumt werden. Sha appellierte in diesem Zusammenhang abschließend insbesondere an den Hochkommissar für Menschenrechte, sich stärker für die Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung einzusetzen. (XNA, 22.3., 24.3.02; RMRB online, 11.4.02, nach BBC PF, 12.4.02; NZZ, 12.4.02) -kg-

9 Erneute Flucht von Nordkoreanern in ausländische Botschaften

Kaum sechs Wochen nach der spektakulären Flucht von 25 Menschen auf das Gelände der spanischen Botschaft in Beijing (vgl. C.a., 2002/03, Ü 4) gelang es am 25. April erneut einem Nordkoreaner in einer ausländischen Vertretung um Asyl nachzuziehen. Diesmal war die deutsche Botschaft das Ziel, und nur einen Tag später konnten zwei weitere nordkoreanische Männer erfolgreich auf das amerikanische Botschaftsgelände gelangen.

Die chinesische Regierung war eingedenk des großen internationalen Medienechos im Zuge des letzten derartigen Vorfalls offensichtlich sehr an einer stillen und schnellen Lösung gelegen. Nur so ist zu erklären, dass die drei ledigen Männer Anfang Zwanzig bereits am 28. April über die Philippinen bzw. über Singapur nach Südkorea ausreisen konnten.

Für die chinesische Regierung stellen derartige Vorkommnisse ein diplomatisches Minenfeld dar, ist sie doch durch einen Vertrag mit Nordkorea eigentlich zur Repatriierung von Flüchtlingen bzw. irregulären Migranten in den sozialistischen Bruderstaat verpflichtet. Andererseits setzt sie sich damit der internationalen Kritik aus, wird eine Rücksendung doch unter humanitären Gesichtspunkten nicht nur von Menschenrechtsorganisationen als kaum akzeptabel betrachtet. Auch den westlichen Staaten, deren Botschaften Nordkoreanern in ihrem Bestreben, Südkorea zu erreichen, bevorzugte Ziele bieten, sind jedoch trotz aller Bekundungen des Verständnisses für die nordkoreanischen Flüchtlinge offenkundig ebenso wie China an der Vermeidung derartiger Vorfälle interessiert. So hatten viele Auslandsvertretungen in Beijing durch verschärfte Sicherheitsmaßnahmen und die Schließung ihrer Tore reagiert.

Die spärlichen Informationen, die über die drei Männer, die erfolgreich in die deutsche bzw. amerikanische Botschaft gelangt waren, an die Öffentlichkeit drangen, scheinen jedoch die Einschätzung der chinesischen Regierung zu stützen, die diese Flüchtlinge als Wirtschaftsmigranten ansieht. So heißt es, zwei der drei unverheirateten jungen Männer hätten bereits seit mehreren Jahren in Nordchina gelebt und gearbeitet und seien mitnichten vor Hunger und Elend geradewegs aus Nordkorea in die amerikanische Botschaft in Beijing geflüchtet.

Weniger Glück hatte eine weitere Gruppe von fünf Personen aus Nordkorea, die am 29. April versucht hatte, die südkoreanische Botschaft zu erreichen, um dort direkt ihre Ausreise in dieses Land zu fordern. Drei von ihnen wurden von der bewaffneten chinesischen Polizei unmittelbar vor der chilenischen Botschaft und nur ca. 30 m vom Zugang zur südkoreanischen Botschaft festgenommen. Über das Schicksal der beiden anderen, die dem Zugriff der chinesischen Sicherheitskräfte entkommen konnten, wurde nichts bekannt.

Damit stand die chinesische Regierung unmittelbar nach der beinahe laut- und reibungslosen Zustimmung zur Weiterreise der drei Nordkoreaner aus der deutschen und der amerikanischen Botschaft erneut vor einem Dilemma. Allgemein geht man davon aus, das China die betroffenen Personen an nordkoreanische Behörden überstellen wird, obwohl aus Südkorea und aus den USA bereits Appelle an die chinesische Regierung laut wurden, die Nordkoreaner nicht zu repatriieren. Bislang wurde jedoch nicht bekannt, wie China in dieser Sache verfuhr bzw. verfahren wird.

Als weitere Maßnahme zur Verhinderung neuer Versuche von Nordkoreanern, sich Zugang zu westlichen Botschaften zu verschaffen, begann die chinesische Polizei Anfang Mai damit, das Gelände einiger ausländischer Vertretungen mit Stacheldraht zu umgeben. Angesichts der Annahme, dass sich trotz verschärfter Fahnung und Grenzsicherung eine sehr große Zahl von Nordkoreanern bereits in China aufhält bzw. weiterhin illegal nach China einreist, ist diese Abschreckungsmaßnahme jedoch eher

als Zeichen politischer Ratlosigkeit zu deuten. (AFP, 26.4.02, nach FBIS, 29.4.02; AFP, 5.5.02, nach FBIS, 6.5.02; Yonhap, 27.4.02, nach FBIS, 29.4.02; Yonhap, 29.4.02, nach BBC PF, 30.4.02; Yonhap, 9.5.02, nach BBC PF, 10.5.02; SCMP, 30.4.02) -kg-

10 Hu Jintao in Malaysia

Der stellvertretende chinesische Präsident Hu Jintao besuchte im Rahmen seiner intensiven Reisetätigkeit der jüngsten Zeit auch für vier Tage Malaysia. Hu äußerte sich auf seinem ersten Besuch in diesem Land nach den Worten einer Sprecherin des chinesischen Außenministeriums überrascht und erfreut über den warmen Empfang, den man ihm dort bereitet habe.

Im Rahmen dieser offiziellen Reise traf Hu zu Gesprächen mit dem stellvertretenden Premierminister Malaysias, Datuk Seri Abdullah Ahmad Dabawi zusammen, die von chinesischer Seite als herzlich und produktiv bezeichnet wurden. Zu den konkreten Fragen, die im Rahmen des Meinungsaustauschs angesprochen wurden, zählte der Wunsch Malaysias, sowohl die Flugverbindungen als auch das Transportvolumen auf See zwischen beiden Staaten auszubauen, um den Bedürfnissen des bilateralen Handels besser entsprechen zu können. Dem Vernehmen nach deckt sich dieser Wunsch mit den chinesischen Vorstellungen.

Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 9,4 Mrd. US\$ im Jahr 2001 ist Malaysia inzwischen zum siebtgrößten Handelspartner der VR China aufgestiegen. China rangiert auf der anderen Seite auf Platz vier der Handelspartner Malaysias. Insbesondere während der letzten zehn Jahre konnte die bilaterale Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf allen Gebieten erheblich ausgebaut werden. Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Zhang Qiyue, erklärte dazu in Kuala Lumpur, beide Länder kooperierten intensiv auf den Gebieten Handel, Hochtechnologie, Bildung, Kultur und Tourismus.

Insbesondere der personelle Austausch zwischen Malaysia und China konnte erheblich ausgeweitet werden. So erklärte Zhang, man nehme an, es hätten bislang insgesamt schon

mehr als 600.000 chinesische Studenten in Malaysia studiert, und allein im vergangenen Jahr hätte der Strom der Touristen zwischen beiden Staaten ein Volumen von mehr als 700.000 Menschen erreicht. Diese intensivierten menschlichen und wirtschaftlichen Kontakte dürften nicht zuletzt auf die große und wirtschaftlich sehr aktive chinesische Minderheit in Malaysia zurückzuführen sein. So gehörte zum Besuchsprogramm Hu Jintaos denn auch ein Abstecher auf die Insel Penang im Nordwesten Malaysias – eine Hochburg der ethnischen Chinesen im Land.

Von weitreichenderer politischer Bedeutung könnte sich die weitgehende Übereinstimmung der Haltung beider Staaten hinsichtlich eines Verhaltenskodex für das Südchinesische Meer erweisen. Nach Berichten in malaysischen Medien stimmten Hu und sein Gesprächspartner darin überein, dass ein solcher Code of Conduct, wie ihn die ASEAN zur Befriedung des Südchinesischen Meeres angeregt hatte, umgesetzt werden solle. Einzelheiten seien jedoch noch zu diskutieren. Einigkeit herrsche jedoch hinsichtlich der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme zum Zwecke der Sicherung und Stabilität in dem von überlappenden Gebietsansprüchen einer ganzen Reihe von Anrainerstaaten gekennzeichneten Seegebiet. (Bernama news agency, 24.4.02, nach BBC PF, 26.4.02; Bernama news agency, 25.4.02, nach BBC PF, 26.4.02) -kg-

11 Kuba als Vorbild für China?

Gleich zwei chinesische Delegationen bereisten im April Kuba. Das sozialistische Land in der Karibik scheint vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosenzahlen und wachsender Probleme im Bereich der sozialen Absicherung der Bevölkerung im chinesischen Reformprozess ins Blickfeld der chinesischen Planer geraten zu sein. So krönten beispielsweise Anfang April zwei Kooperationsvereinbarungen im Bereich der sozialen Sicherung den einwöchigen Besuch des stellvertretenden chinesischen Ministers für Arbeit und soziale Sicherheit, Li Qiyang, in dem sozialistischen Bruderland.

Nach Gesprächen mit dem kubanischen Minister für Arbeit und sozia-

le Sicherheit, Alfredo Morales, erklärte Li, Kuba könne interessante Ergebnisse in diesem Bereich vorweisen, womit sich eine vielversprechende Perspektive für die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern biete. Li zeigte sich angesichts der seit einem Jahrzehnt anhaltenden schweren wirtschaftlichen Krise in Kuba insbesondere beeindruckt über den Beschäftigungsstand in dem Land und bescheinigte Kuba „eindrucksvolles Entwicklungspotenzial in verschiedenen Bereichen“.

Ende April folgte Li Guixian, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Präsident der Chinesischen Vereinigung für Internationalen Austausch zu einem viertägigen Besuch. Mit diesem Goodwill-Besuch folgte Li einer Einladung des kubanischen Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcon de Quesada. Neben der allgemeinen Feststellung, sein Besuch habe positive Ergebnisse erbracht und zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses beigetragen, betonte Li insbesondere die positive Rolle, die das kubanische Parlament hinsichtlich der Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität sowie im Zusammenhang mit der Entwicklung der kubanischen Wirtschaft spiele. Li zeigte sich weiterhin zuversichtlich, dass die Regierungen beider Länder auch zukünftig die sozialistische Sache voranbringen und die korrekten politischen Schritte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ergreifen werden. (Prensa Latina news agency, 2.4.02, nach BBC PF, 4.4.02; Xinhua, 26.4.02, nach BBC PF, 27.4.02) -kg-

12 Ausweitung der Aufgaben der Armee in Vorbereitung

Ende April riefen gleich drei Artikel der chinesischen Armeezeitung *Jiefangjun Bao* zu einer Ausweitung der Aufgaben des chinesischen Militärs auf die Bekämpfung des Terrorismus auf. Die Autoren beriefen sich dabei auf die Ausführungen Jiang Zemin auf einem Plenartreffen der Delegierten der Volksbefreiungsarmee zur 5. Plenartagung des Neunten Nationalen Volkskongresses. Jiang hatte darin da-

zu aufgerufen, die Abwehr des Terrorismus zum Bestandteil der Aufgaben der chinesischen Armee zu machen. Die Armee solle demnach lokale Behörden bei der Bekämpfung terroristischer Aktivitäten jeder Art unterstützen.

Für eine Ausweitung der Armeeaufgaben in diesem Bereich der inneren Sicherheit spreche nach Meinung der Autoren, dass die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts nicht allein in kriegerischen Handlungen liegen werden, vielmehr nicht als Kriegshandlungen zu definierende Faktoren wie Terrorismus, Separatismus, Extremismus und organisiertes Verbrechen eine wachsende Gefährdung der staatlichen Sicherheit Chinas konstituierten.

Zwar hätten die USA in der Vergangenheit den Kampf gegen Terroristen als nichtkriegerische Militärhandlungen definiert. Seit dem 11. September 2001 sähen aber auch die Vereinigten Staaten diese militärischen Handlungen als eine neue Form von Kriegshandlungen an. Die Mehrheit der Nationen verfüge bereits jetzt über spezielle Anti-Terror-Einheiten in ihren Streitkräften, wozu auch die deutsche GSG 9 zähle. China sollte angesichts der terroristischen Bedrohung seines Gemeinwesens aus diesen Erfahrungen lernen und die Terrorbekämpfung zu einer wichtigen Aufgabe der VBA machen. Im Hinblick auf ihren Charakter als Armee, die mit ganzem Herzen dem Volke diene und einen starken Pfeiler der demokratischen Diktatur des Volkes darstelle, sei die Wahrnehmung einer solchen Aufgabe im Kampf gegen terroristische Kräfte, die den sozialistischen Aufbau gefährdeten eine heilige Verfassungspflicht.

Insbesondere aus den schmerzlichen Erfahrungen Russlands bei der Bekämpfung des Separatismus und Terrorismus in Tschetschenien müsse man die richtigen Lehren ziehen. Da sich der Terrorismus international zur Bildung von militärischen Gruppen entwickle, die systematische Ausbildung erhielten, sollte auch die chinesische Armee mit einem systematischen Training der Terroristenbekämpfung reagieren. Auch die Mittel in diesem Kampf sollten kontinuierlich verbessert werden. So könnte beispielsweise die chinesische Miliz, die politisch zuverlässig sei, im ganzen Land agiere

und bestens mit den jeweiligen lokalen Bedingungen vertraut sei, als Informationsquelle genutzt werden, um jedes Anzeichen einer terroristischen Bedrohung im Keime zu ersticken.

Eine Bedrohung stelle der Terrorismus nicht nur als solcher durch seine eigenen Angriffe auf das Gemeinwohl und die staatliche Ordnung dar. Vielmehr hätten hegemonistische Staaten in der jüngeren Vergangenheit vermehrt die ethnischen und religiösen Widersprüche eines Landes zum Vorwand für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten genommen. China sei als multiethnischer Staat dieser Gefahr ebenfalls unmittelbar ausgesetzt. China sei bedroht durch feindliche Kräfte im Ausland, die Anstrengungen zur „friedlichen Evolution“, „Verwestlichung“ und zur „Spaltung“ des Landes unternähmen. Mit Unterstützung dieser feindlichen ausländischen Kräfte könnten sich die „nationalistischen Extremisten“ und „Spalter“ im Inland ermutigt sehen, „mit Feuer zu spielen“. Daher sollte die Abwehr der nationalen Spaltung zum Kernbereich der Aufgaben der chinesischen Streitkräfte gemacht werden. (JFJB, 23.4.02, nach FBIS, 25.4.02; JFJB, 23.4.02, nach FBIS, 26.4.02) -kg-

Innenpolitik

13 Politische Reaktionen auf anhaltende Arbeiterunruhen

Die groß angelegten Arbeiterproteste in Nordostchina und anderen Landesteilen (vgl. C.a., 2002/3, Ü 10), die seit Anfang März die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf sich gezogen hatten, haben inzwischen vielfältige, zum Teil widersprüchliche Reaktionen der staatlichen Instanzen hervorgerufen.

Zwar sind keine weiteren Unruhen von einer ähnlichen Größenordnung wie diejenigen in Daqing (Provinz Heilongjiang) und Liaoyang (Provinz Liaoning) bekannt geworden, wo im März mehrere zehntausend Arbeiter gegen ausbleibende Gehalts- bzw. Abfindungszahlungen, gegen Korruption

und politisches Versagen der Lokalregierungen protestiert hatten (vgl. ebenda). Allerdings haben der Einsatz paramilitärischer Kräfte und die Festnahme von mehreren Arbeiterführern in den beiden Städten dazu geführt, dass dort immer wieder Proteste kleinerer Gruppen gegen die Kriminalisierung spontan gebildeter Gewerkschaften und für die Freilassung der Verhafteten aufflackerten. Noch in der letzten Aprilwoche standen in Liaoyang Arbeiteraktivisten im Konflikt mit der örtlichen Polizei. Letztere verlangte, dass die Namen der Organisatoren der Proteste benannt würden, die sich gegen Korruption und die Verhaftung von fünf lokalen Arbeiterführern richteten (AFP, 23.4.02, nach FBIS, 23.4.02).

Auch aus anderen Landesteilen wurden im Lauf des März und April weitere Arbeiterunruhen kleineren Maßstabs bekannt, die in einigen Fällen ebenfalls den Einsatz von Polizei und paramilitärischen Kräften provozierten. So sollen noch in der zweiten Märzhälfte in Fushun und Fuxin, zwei Städten der nordostchinesischen Provinz Liaoning, jeweils rund 3.000 Bergleute Eisenbahnlinsen besetzt haben, um gegen ausbleibende Gehalts- bzw. Pensionszahlungen zu protestieren; erst durch massive Aufgebote bewaffneter Polizeitruppen konnten die Proteste aufgelöst werden. Ebenfalls bereits in der zweiten Märzhälfte sollen in der Bezirksstadt Guangyuan in der südwestchinesischen Provinz Sichuan Sicherheitskräfte die Streikpostenkette von Arbeiter einer Textilfabrik gewaltsam aufgelöst und rund ein Dutzend der Streikenden festgenommen haben. Anfang April wurde aus Dongguan in der südostchinesischen Provinz Guangdong und aus Guiyang in der südchinesischen Provinz Guizhou von Unruhen berichtet, an denen sich jeweils über tausend Personen beteiligten. In Dongguan protestierten Arbeiter einer Spielzeugfabrik gegen Entlassungen und ausstehende Gehaltszahlungen, in Guiyang Pensionäre einer Stahlfabrik gegen unzulängliche Sozialleistungen. Nach entsprechenden Zusagen der Lokalregierungen, den Forderungen durch entsprechende finanzielle Leistungen nachzukommen, in Dongguan auch nach Einsatz polizeilicher Gewalt, bei dem zehn Protestie-

rende verletzt worden sein sollen, lösten sich die Unruhen hier nach kurzer Zeit wieder auf (vgl. <http://iso.chinablabour.org.hk>, Meldungen vom 4., 10., 17., 23.4.02; <http://iso.hrchina.org>, Meldung vom 24.4.02; WSJ, 25.3., 4., 8.4.02; *Hong Kong iMail*, 30.3.02; SCMP, 8., 9., 18., 24.4.02).

Wie zuvor ist es äußerst schwierig, sich einen Überblick über die zahlreichen größeren und kleineren Protestaktionen im ganzen Land zu verschaffen. Die offiziellen chinesischen Medien berichten über die Arbeiterunruhen nicht oder nur sehr andeutungsweise; ausführlichere Meldungen werden vielmehr über Menschenrechts- und Gewerkschaftsorganisationen in Hongkong und im Ausland verbreitet. Die erhöhte internationale Aufmerksamkeit, die sich derzeit auf Arbeiterproteste in China richtet, mag teilweise auch zu einer gewissen Überzeichnung des Phänomens führen, da kleine sporadische Proteste, die sich seit Jahren in vielen Landesteilen immer wieder ereignen, nun umgehend starken publizistischen Widerhall finden.

Angesichts der intransparenten Informationslage fragt sich auch, ob und wie die Protestierenden in den verschiedenen Provinzen miteinander kommunizieren. Dass eine Abstimmung stattfindet, legt die zeitlich dichte Folge von Protestaktionen nahe. Wie der in Hongkong tätige Gewerkschaftsaktivist Han Dongfang argumentiert, wird die überregionale Kommunikation durch die modernen Telekommunikationstechniken erheblich erleichtert. Dazu komme, dass gerade etwa im petrochemischen Bereich die Arbeitskräfte oft aus anderen Landesteilen rekrutiert bzw. versandt werden und damit über weit gespannte familiäre und persönliche Netzwerke verfügen. Bezeichnend für diesen Umstand ist die Tatsache, dass in den vergangenen Wochen kleinere Protestaktionen von jeweils mehreren hundert Ölarbeitern aus den Provinzen Gansu, Hebei und Shandong bekannt wurden, die allesamt von Tochterunternehmen des Erdölgiganten China National Petroleum Corporation ausgingen, der auch die Ölfelder in Daqing betreibt (IHT, 25.4.02).

Die Reaktionen verschiedener staatlicher Instanzen auf die Arbeiterunruhen fallen sehr vielfältig aus. Auf